

DER ABERGLAUBE AN DIE IMPERIALISTISCHE UNSCHULD DER BRD

5 All das ist der demokratischen Öffentlichkeit hierzulande wohlbekannt - und wird keineswegs
einheilig mit Freude und Zufriedenheit quittiert. Sicher, auch in der BRD kann man inzwischen
als seriöser Wirtschaftswissenschaftler die Vermittlungsvorschläge der Brandt'schen "Nord-Süd-
Kommission" öffentlich für "dummes Geschwätz" befinden und für die Alternative plädieren:
10 Kapitalismus plus Verringerung der Volkszahl auf den dafür nützlich zu machenden Teil oder
Verhungernlassen. Überwiegend gibt die öffentliche Meinung der BRD sich aber eher skeptisch
und sorgenvoll gegenüber der neuen Reagan-Linie in der "Südpolitik" - bloß: wie? Auch
klarsichtige Kritiker, die an Reagan zu recht kein gutes Haar lassen, bringen es noch allemal
15 fertig, daraus für die Bundesregierung - nach deren eigenen Bekunden immerhin der
zuverlässigste und wichtigste europäische Freund der USA - die glänzendsten Entschuldigungen
und eine dringliche Parteinahme zu verfertigen. Fast bekommt man den Eindruck, als wäre *das*
der eigentliche Zweck jener Kritik.

Ein Musterbeispiel für derartige nationalistische Schlußfolgerungen, wie man sie aus der
Bekanntheit mit der neuen amerikanischen Entschiedenheit in der Weltpolitik besser nicht
ziehen sollte, stellt das Editorial der März-Nummer der offiziellen Zeitschrift "Entwicklung und
20 Zusammenarbeit" dar:

Reagan's Nord-Süd-Politik

5 “Die Nord-Süd-Politik der 80er Jahre wird von Reagan geprägt sein. Den Europäern wird nicht viel Spielraum autonomer Politik verbleiben. Bisher jedenfalls entsprach die Regierungspraxis den Befürchtungen. Die Wirtschaftshilfe für Nicaragua wurde gestrichen, dafür die an El Salvador erhöht. Der auf Reformen drängende US-Botschafter in San Salvador wurde nicht nur zurückgerufen, sondern entlassen. Zu den ersten Staatsbesuchen gehörte der südkoreanische Diktator. Vorbereitet wird eine erhebliche Senkung des Finanzbeitrages zur UN durch alle westlichen Staaten! Die Auslandshilfe wird gekürzt. Die Dritte Welt verliert ihr Eigenrecht und wird mehr denn je Feld der geostrategischen Ost-West-Auseinandersetzung. Menschenrechtsverletzungen prowestlicher Regime hindern nicht die Zementierung ihrer Herrschaft mit Auslandshilfe, weil die bisherigen Alternativen Menschenrechte auch nicht besser respektiert haben sollen.

10 Beherrschendes Thema dieses politischen Weltbildes ist der Ost-West-Gegensatz, nicht im Sinne eines konstruktiven Wettbewerbs, sondern in der Absicht, den Gegner durch Totrüstungen und andere Maßnahmen finanziell zu ruinieren und wie in Polen durch soziale Krisen innenpolitisch zu destabilisieren. Bei einem solchen Kampfprogramm zählt nur Freund und Feind, Blockfreiheit ist nicht gefragt, und Entwicklungshilfe ist nur interessant, sofern sie sich als Waffe umschmieden läßt.

15 Auch ohne Krieg wird diese Politik Millionen Menschenleben kosten, weil sie alle Kräfte, die zum Überleben erforderlich sind, absorbiert wird. Das Konzept des Totrüstens potenziert die ohnehin kaum zu lösende Hunger-, Energie- und Umweltkrise sowie die Verschuldungsprobleme.

20 Diese Politik wird aber kaum das von ihr selbst gesetzte Ziel erreichen. Die Destabilisierungspolitik im Osten wird mit einer Restalinisierung und dem Ende des Demokratieprozesses beantwortet. Der Versuch einer wirtschaftlichen Ruinierung wird den Osten zwingen, westliche Lebensnerven in Berlin und in der Golfregion anzutasten. Der religiös-moralische Widerstand gegen die Zweiteilung der Welt durch östliche und westliche Atheisten wird nicht auf den Iran beschränkt bleiben, sondern Faktor der Weltpolitik werden. Durch Verachtung von UN-Gremien und -Mechanismen werden die Industrieländer außer Hörweite der Armen geraten und noch mehr revolutionäres Potential schaffen als zuvor.

25 Keine Dekadenstrategie ist so schnell veraltet wie die für das Jahrzehnt 1980-1990. Keine Dekade wird solche Zusammenbrüche des in zwei Entwicklungsjahrzehnten mühsam Aufgebauten erleben. Niemals waren die Entwicklungspolitiker so herausgefordert, die Gräben ihrer ideologischen Abgrenzungskriege zu verlassen und sich an wesentlicheren Fronten zu engagieren. Mit anti-amerikanistischen Trotzreaktionen ist es dabei nicht getan. So wie auf allen Ebenen das europäische Ost-West-Gespräch gepflegt wurde, sind West-West-Gespräche von höchster Priorität. Da bei müssen gesellschaftliche Gruppen das leisten, was der offiziellen Politik aus taktischen Gründen verwehrt ist.

30 Überdies: Europäische Aspekte können die Regierungen nur dann geltend machen, wenn sie nicht durch erstrangige Formulierung zweitrangiger Fragen innenpolitisch geschwächt werden.

35 Klaus Leffringhausen”

40 Die üblichen idealistischen Vorstellungen dieses Artikels - von einem ‚eigentlich‘ zu respektierenden “Eigenrecht der Dritten Welt”; daß man den Ost-West-Gegensatz im Rahmen eines anderen “politischen Weltbildes” durchaus auch “im Sinne eines konstruktiven Wettbewerbs” verstehen könnte; der üblichen Entwicklungshilfe wäre ihre Verwendung als “Waffe” etwas gänzlich Fremdes; daß für die BRD am “Demokratisierungsprozeß” im Osten

irgendetwas anderes von Interesse wäre als die "Destabilisierung"; die "sozialen Krisen" in Polen wären etwas anderes als das Ergebnis der bislang betriebenen Ostpolitik der friedlichen "Kooperation"; usw. - das alles mag hier einmal dahingestellt bleiben. Nur: wie kommt der gute Mann auf seine letzten Schlußfolgerungen? Was wäre der "offiziellen Politik" der BRD denn eigentlich "verwehrt". Und aus *welchen* "taktischen Gründen"?

Soll man es denn für Taktik halten, daß die Bundesregierung - ebenso wie die Opposition - auf nichts in der Welt der "großen Politik" so viel Wert legt wie auf beste Beziehungen zu den USA? Was wäre denn dann eigentlich ihr wahrer "strategischer" Zweck? Die Taten, mit denen die Bundesregierung das Treiben der USA praktisch unterstützt, sind jedenfalls spätestens im Ergebnis alles andere als eine taktische Finesse. Die BRD gehört doch wohl selber zu den "alle westlichen Staaten", die in aller Freiheit eine "erhebliche Senkung des Finanzbeitrages zur UNO" vorbereiten. Die Bundesregierung ist doch selber so frei, *ihre* Entwicklungshilfe zu kürzen und dabei so umzuschichten, daß ihre Kontrolle über das verausgabte Geld und damit der politische Einfluß auf den Empfänger unmittelbar gewährleistet bleibt - der relativ und absolut gesenkte Titel "Finanzhilfe" wird von genau den bundesdeutschen Experten auch vor Ort abgewickelt, deren Spesen und Gehälter den absolut und relativ gestiegenen Haushaltstitel "Technische Hilfe" ausmachen. Auf diese Weise *macht* die BRD sich doch erst recht zur Ursache für "kaum zu lösende Verschuldungsprobleme". Wenn heute der Bundespräsident mit großem Gefolge nach Indien fährt, dann weiht er nicht, wie noch in den 50ern, ein neues Stahlwerk ein: Als deutschen Beitrag zur Zukunft Indiens bringt er eine veritable Lehrwerkstatt mit, um damit anzugeben. Der zuständige Minister stellt selber, ohne durch seine Interviewer von der "Aachener Volkszeitung" zu einer solchen "Taktik" gezwungen worden zu sein, zwischen seinem "Verzicht auf Ressortegoismus" und den neuen Umgangsformen in der Weltpolitik die eindeutigsten Beziehungen her: Entwicklungspolitik müsse das Ziel verfolgen,

"Länder aus der einseitigen Umklammerung des kommunistischen Blocks zu lösen" - mit diesem Ziel sind natürlich zugleich die Haushaltsprioritäten klargestellt:

"...übergeordnete Gesichtspunkte erzwingen Bescheidenheit. Die Sicherheit unseres Landes und damit die Grundlage für politisches Handeln, meinte Offergeld in einem Gespräch mit unserer Zeitung, beruhen auf dem militärischen Gleichgewicht der Blöcke in Ost und West."

Auch die weitere Schlußfolgerung, daß das "militärische Gleichgewicht der Blöcke" möglichst universell hergestellt werden muß und damit der BRD die süße Pflicht zuwächst, vorsorglich die zukünftigen "Spannungsgebiete" in aller Welt mit militärischem Gerät auszustatten, einschließlich einer sorgfältigen Verwendungskontrolle durch eigenes Personal - auch diese Konsequenz wird längst sehr souverän praktiziert (die U-Boot-Bestellungen aus Indien und Chile stammen ja nicht aus der Zukunft). Und sie ist anläßlich der schönen Aussicht, Saudi-Arabien eine komplette funkelneue Panzerarmee verkaufen zu können, nur deswegen ins Gerede gebracht worden, weil man sich auf diesem Sektor jetzt an ganz neue Dimensionen und an eine neue Skrupellosigkeit gewöhnen muß - auch im diplomatischen Umgang mit nutzlos gewordenen "alten Freunden" wie Israel.

Unbegründet dürfte erst recht die Sorge sein, die BRD könnte “durch Verachtung von UN-Gremien und -Mechanismen außer Hörweite der Armen geraten”: Mit oder ohne UNO bleibt das Elend in den Hinterländern des demokratischen Kapitalismus weder unbekannt - nach Bedarf wird es im Gegenteil in bunten Bilderbögen öffentlich dargeboten -, noch löst das “Gehör”, das es
5 findet, entsprechende Abhilfe aus. Im Gegenteil: Hungersnöte in aller Welt werden von der Bundesregierung inzwischen nicht mehr prognostiziert, um sich mit einem Programm zu ihrer Abwendung (die dann regelmäßig “mißlingt”) in Szene zu setzen, sondern zum Zwecke der Klarstellung, daß ihnen ohnehin nicht abzuhelfen sei, die Menschheit sich also daran zu gewöhnen habe. Dem Massenelend sieht man in Bonn jedenfalls recht gelassen zu - und mit
10 gutem Gewissen, weil man immer noch auf andere deuten kann, die noch weniger dagegen täten. Oder war es vielleicht bloß taktische Rücksichtnahme auf die Amerikaner, daß Regierungsmannschaft und Opposition einhellig und entrüstet den unerhörten Antrag einer kleinen “radikalen” SPD-Minderheit abgeschmettert haben, es solle doch die Umschichtung einer Milliarde aus dem Militärbudget in die Welthungerhilfe erwogen werden?

15 Taktische Überlegungen dürften da eher auf Seiten der “SPD-Rebellen” im Spiel gewesen sein - sehr ernstgemacht haben sie mit ihrem Vorhaben jedenfalls nicht, wollten es nachträglich überhaupt bloß als unverbindlichen “Denkanstoß” verstanden haben. Und zu mehr taugt die Begründung ihres Vorstoßes auch wirklich nicht. Denn daß “Hunger, Armut, Ausbeutung, Not, Seuchen... auf lange Sicht die größten Einfallstore für den Weltkommunismus” wären; daß, wie
20 das wiedergegebene Editorial es will, westliche Indolanz “noch mehr revolutionäres Potential als zuvor schaffen” würde; das kann doch nur und soll offensichtlich unter dem allgemeingültigen Gesichtspunkt Eindruck machen, daß der Kommunismus allemal als die schlimmste Geißel der Menschheit zu betrachten ist. Und das wirft nicht bloß ein bezeichnendes Licht auf die Menschenfreundlichkeit dieses Vorstoßes; er ist überdies unsinnig, gerade wenn der Verweis auf den
25 Kommunismus nur taktisch gemeint gewesen sein sollte. Mahnungen zu liebevollerer Entwicklungshilfe können doch gar keinen Eindruck machen, wenn sie unter eben dem Gesichtspunkt der roten Gefahr vorgetragen werden, unter dem gerade der Entschluß zu härterer Sortierung von Freund und Feind gefaßt und vollstreckt wird! Herausgekommen ist bei dem Ganzen denn auch nicht mehr als ein Propagandamanöver für die SPD mit den bedenklich-
30 sorgenvollen Minderheiten der demokratischen Öffentlichkeit als Zielgruppe: glauben zu machen, der SPD Flügel der Koalition *wollte eigentlich* - wenn er nur könnte! - ganz andere Dinge als die, die er tatsächlich mitträgt.

Und das ist der einzige Punkt, an dem sogar die Bundesregierung “taktische Gründe” für sich gelten läßt: nicht in dem, was sie tut oder läßt, sondern in der propagandistischen Einkleidung ihrer
35 Aktivitäten in ein großartiges apologetisches “*leider*”! Für den inneren Gebrauch haben die Sozialliberalen dieses heuchlerische “leider” zu einer ganzen Ideologie bundesdeutscher *Ohnmacht* ausgebaut - eine Lächerlichkeit angesichts der in anderen Zusammenhängen stolz verkündeten Potenzen der Nation, die beim deutschen Edelnationalismus, der sich nach zwei verlorenen Weltkriegen nur noch mit makellosem Gewissen in Sachen Imperialismus sehen lassen
40 will, aber immer noch Anklang findet:

“Den Europäern wird nicht viel Spielraum autonomer Politik verbleiben.”

Welches politische Interesse hätten sie denn bitteschön anzumelden, dem inskünftig mangelnde “Autonomie” in die Quere käme? Selbst dieses “Argument” einmal ernstgenommen, macht es doch nur Sinn, wenn das *gute Einvernehmen* mit der Macht, die da den “Spielraum autonomer europäischer Politik einschränken soll, mit den USA, als oberster politischer Zweck unterstellt ist. Wenn es aber vor allem darum geht: inwiefern wäre dieser Zweck und die ihm untergeordnete Politik denn durch amerikanische Entscheidungen zu beschränken? Wenn sie doch beflissene Mitmacher sein wollen: wer nimmt ihnen denn dafür ihre “Autonomie”?

Die imperialistische Wahrheit des bundesdeutschen ‚Antiimperialismus‘

Bei einer solchen Apologie des westdeutschen und -europäischen Mitmachertums kommt das spezielle und von den USA tatsächlich abweichende Interesse dieser Staaten an den verelendeten Regionen des Globus und deren politischer Handhabbarkeit natürlich gar nicht mehr in Betracht - daran gäbe es im Vergleich mit den USA ja auch nichts zu loben.

In der Tat treten die EG-Staaten diesen Ländern mit dem relativen Handicap gegenüber, dringlicher als die USA auf deren Rohstoffe als Bedingung ihres nationalen Geschäfts angewiesen zu sein - ein Umstand, der zur Rechtfertigung jeder imperialistischen Unverschämtheit einer EG-Nation regelmäßig in die Lüge von der hilflosen Auslieferung ihrer Volkswirtschaft an exotische Machthaber übersetzt wird. Dabei ist die politische Konsequenz nur die: Die BRD und ihre EG-Partner wachen ebenso souverän wie kleinlich über die Sicherung des Nutzens, den ihre Hinterländer ihnen zu bringen haben - zwei Lome-Abkommen geben darüber Auskunft, wie perfekt die Entwicklungshilfemechanismen der EG einzig an diesem Zweck ausgerichtet sind. (Vgl. MSZ Nr. 4/80: Lome II - Wie das Überleben gesichert wird; S. 22 ff.) Allein aus diesem Grund fehlt es den “Europäern” an der Großzügigkeit, mit der die USA es sich leisten, Regierungen als prinzipiell feindlich und damit ein ganzes Land auf Zeit völlig abzuschreiben, und mit der sie kriegerische Verwicklungen und Ähnliches auch dann einkalkulieren, wenn dadurch der Nutzen des betroffenen Landes für mittlere Frist draufgeht. Allein in diesem Sinne geben die “Europäer” Entwicklungshilfe: als gut überwachte und deshalb wohlgegründete Spekulation auf die zukünftige Brauchbarkeit eines Landes, die durch seinen gegenwärtigen Gebrauch ständig gefährdet wird. Und wegen solcher relativer Kleinlichkeit soll man den europäischen Imperialismus für eine philanthropische Harmlosigkeit halten? Und seine Subsumtion unter die neuen US-Manieren ganz furchtbar finden?

Die Wahrheit ist doch die: Mit ihrer Nutzung und Spekulation auf die längerfristige Nutzbarkeit ihrer Hinterländer werden die BRD und ihre Partner in ihrer Einflußsphäre doch ganz ebenso wie die USA bei ihren exotischen Freunden zum *Motor der Verelendung* der betroffenen Menschheit. Denn genau so, durch seine wirtschaftliche Erschließung zum beiderseitigen Vorteil der engagierten Staaten, wird das jeweilige Gebiet wirksam und auf Dauer der wie auch immer ärmlichen Benutzung durch seine Einwohner zum Zwecke ihrer Lebensfristung entzogen!

Nebenbei: Für diesen Zusammenhang läßt sich kaum eine dümmere und zugleich zynischere apologetische Deutung ausdenken als die folgende des “Spiegel”:

“Weil billige amerikanische Weizenüberschüsse verfügbar waren, hat sich die Ernährungsweise in aller Welt geändert. In der Bevölkerung wurden Erwartungen geweckt, die die Regierungen über den privaten Weizenmarkt erfüllen müssen, sobald die Regierungsüberschüsse erschöpft sind. Eßgewohnheiten schaffen merkwürdige Abhängigkeiten.”

Selbst ein “Spiegel”-Leser könnte sich an dieser Stelle doch einmal fragen, wer denn da eigentlich die Ernährungsweise geändert hat und *warum* die zuständigen Regierungen “in aller Welt” angefangen haben, den schieren Lebensunterhalt ihrer Untertanen einem geschäftstüchtigen Preisvergleich zu unterwerfen und als Einnahmequelle in Betracht zu ziehen. Aber offenbar sind soziologische Frechheiten über exotische “Eßgewohnheiten” viel interessanter als die banale Wahrheit, daß auf demselben Boden nur *entweder* Hirse für die Einheimischen oder Sisal für europäische Säckemacher wächst und daß eine dem freien Westen verbündete Staatsgewalt von einem guten Geschäft, das der demokratische Kapitalismus mit ihr macht, allemal größeren Nutzen hat als von satten Untertanen.

Entsprechend brutal pflegen die “Europäer” auch bei der politischen Sicherung ihrer auswärtigen Rohstoffbasis aufzutreten; und soll man da die BRD für ausgemacht friedlich halten, ausgerechnet weil sie das anfängliche und noch nachwirkende Verbot, nach dem Krieg gleich wieder eine weltweite Militärmacht aufzubauen, zu einer höchst eleganten und effektiven “Arbeitsteilung” mit ihren Bündnispartnern weiterentwickelt hat? Überdies geht es mit dieser Arbeitsteilung derzeit zu Ende: Das europäische Interesse an der Sicherung der eigenen Einflußsphäre trifft sich mit dem amerikanischen an einer entschiedeneren Sortierung der Souveräne dieser Welt gerade an den heißesten Punkten so genau, daß die USA ihren Bündnisgenossen und auch der BRV zu deren eigenem Besten ein ganz souveränes und autonomes stärkeres militärisches Engagement in und um Afrika herum abverlangen - und dabei lauter offene Türen einrennen. Oder sollte es vielleicht auch bloß taktische Rücksichtnahme sein, wenn solche Engagements derzeit in der BRD mit dem edlen “Argument” populär gemacht werden: die BRD müsse sich den “Verpflichtungen” stellen, die ihr auch auf militärischem Gebiet aus ihrem gewachsenen weltpolitischen Gewicht entstanden seien, und dürfe nicht immer bloß ihre Verbündeten “die Kastanien aus dem Feuer holen” lassen? Das wäre eine schöne Taktik: Weil man *eigentlich nicht* will, die bedingungslose Bereitschaft zu bekunden, daß man sich gemeinsam mit den europäischen Partnern wie mit den USA als weltweit “verantwortliche” *strategische Ordnungsmacht* aufführen will!

Das sind die besonderen “europäischen Aspekte”, die von den bundesdeutschen Kritikern des renovierten US-Imperialismus so gern angemahnt oder betrauert werden - als handelte es sich dabei um ein Füllhorn von Wohltaten, an deren Ausgießung die westeuropäischen Souveräne durch die USA immerzu gehindert würden. Daß der kritische Bürger es so *sehen* soll: Das ist der ganze Witz an solchen Albernheiten. Das wiedergegebene Editorial spricht diesen seinen nationalistischen Zweck auch noch ganz gelassen aus: Es will dafür geworben haben, mit der Zurückstellung eigener “zweitrangiger” Anliegen der eigenen Regierung nach außen bedingungslos den Rücken zu stärken.

Noch mehr Freiheit für die demokratischen Führer Europas? Mit der, die sie haben, machen sie doch schon zusammen mit der USA fast die ganze Welt nieder!

(Abb. siehe GIF-Datei in diesem Brett. Anm. MG_ARCHIV)

Die Explosion der Ölpreise trifft die Armen am härtesten. Während die westlichen Industrieländer zumindest einen Teil des Ölpreisschubs durch verstärkte wirtschaftliche Anstrengungen auffangen können, geraten die Entwicklungsländer immer tiefer in die Öl-Klemme: 1980 mußten sie ca. 80 Mrd. für Öleinfuhren aufwenden, mehr als doppelt soviel, wie ihnen in diesem Jahr an Entwicklungshilfe zugeflossen ist.

10 **So einfach geht Weltwirtschaft**

Prof. F.A. Hayek, heute 81, errang im Jahre 1980 den Nobelpreis für Ökonomie mit der hartnäckig vorgetragenen Behauptung, "Der Preis bringt's!" - alles andere sei antiökonomische Gefühlsduselei und habe mit Erfindung des Begriffes "soziale Gerechtigkeit" das Elend in die Welt gebracht. Die Wahrheit dieser Behauptung untermauert er seit nunmehr 50 Jahren durch ununterbrochene Wiederholung, wofür er alles anbietet von faschistischem Gedankengut bis zu köstlichen Albernheiten a la "Dem Staat muß die Geldhoheit entzogen werden!".

Jetzt ist der alte Knacker auf einmal wieder ganz aktuell, weil er sich nämlich im Licht der amerikanischen Außenpolitik sonnen kann:

20 "Wenn wir garantieren, daß jeder am Leben erhalten wird, der erst einmal geboren wird, werden wir sehr bald nicht mehr in der Lage sein, dieses Versprechen zu erfüllen.

Gegen die Überbevölkerung gibt es nur eine Bremse, nämlich daß sich nur die Völker erhalten, die sich auch selbst ernähren können."

25 Daß er kein Schreibtischmörder, sondern ein Wissenschaftler ist, merkt man daran, daß er nicht nur Nutzen und Frommen bisheriger Entwicklungspolitik offensichtlich nicht bemerkt hat ("Wir garantieren..."), sondern außerdem von Politik keinen blassen Schimmer hat:

30 "Ich glaube privates Investitionskapital mit Repatriierungsgarantie wäre wirksam, zumal wenn zugleich klargestellt würde, daß nur in den Ländern investiert wird, die bereit sind, den kapitalistischen Weg zu wählen. Sollen die Russen doch denen helfen, die sich zum Sozialismus hingezogen fühlen."

35 Dummes Ökonom, der er ist, kann er nicht einmal zwischen privater (Kapital-)Investition und staatlicher (Waffen-)Investition unterscheiden, und aufgefallen ist ihm auch nicht, daß die neue Weltpolitik den Entwicklungsländern die Freiheit der Wahl, sich zu den Russen hingezogen fühlen zu können, gerade bestreitet.

40 Also: Für die absehbare Steigerung der Hungertotenrate wollen wir ihn nicht verantwortlich machen, aber den Vorwurf, daß er - bis zum Rand mit seinem ökonomischen Idealismus vollgestopft - ein schmieriger Sykophant der Macht ist, muß man ihm schon machen. Immerhin liefert er ja zur praktischen Brutalität der Politik den dazugehörigen wissenschaftlichen Zgnismus, der sich gewaschen hat:

“Was heißt hier Gerechtigkeit? Wer ist denn gerecht? Die Natur? Oder Gott? Jedenfalls nicht Menschen, da die Verteilung, die aus dem Marktprozeß hervorgeht, nicht das beabsichtigte Ergebnis menschlichen Handelns ist.”

5 So schmettert ein Ökonom die harmlosen bürgerlichen “Gerechtigkeits”vorstellungen - in denen es dem Bürger gelingt, sich per Betätigung des extra dafür eingerichteten *Gewissens* aller wirklichen Gründe in der Welt zu entschlagen - offensiv ab: Was wissen wir denn schon, was die Welt eigentlich bewegt, sind wir doch nur Ergebnisse des unerforschlichen “Marktprozesses”. Was geschieht, geschieht zurecht, und wenn man nur ordentlich geschehen läßt, werden “wir” -
10 wundersamerweise - eines Tages auch imstande sein, “unser Versprechen” gegenüber den Entwicklungsländern “zu erfüllen”.

Dieser faschistischen Vision einer wohlgeordneten Weltwirtschaft tritt die dazugehörige *moralische* Kritik gegenüber -

15 “Mancher wird staunen, wie einfach Weltwirtschaft ist: Man hält die Armen arm, indem man ihnen nichts gibt. Dann sind sie entweder nach einer Weile selber reich oder sie sind tot - in jedem Falle eine gute Lösung.” (Süddeutsche Zeitung) -

die natürlich auch keinen Moment auf die *Übereinstimmung* mit dem (schein-)radikalen Ökonomen vergessen läßt:

20 *Zu einfach* mache Herr Hayek es sich mit seinem *Modell*, er bringe die komplexen Wechselwirkungen weltweiter Abhängigkeiten auf den Stand von “Biertischparolen” herunter! Über diesem Angriff auf den “terrible simplificateur” Hayek will keinem mehr auffallen, wie einfach die “Abhängigkeiten” in der Welt heutzutage geregelt sind.